



Grevenbroich, den 21.11.2023

Niederschrift öffentlich Rat der Stadt Grevenbroich

Sitzungsnummer: Rat/24/10.
Sitzungsdatum: 02.11.2023
Sitzungsort: Am Markt 3, Bernardushaus - Bernardussaal, 41515 Grevenbroich
Sitzungsdauer: 18:30 Uhr bis 21:36 Uhr

Anwesenheitsliste:

Name	Fraktion	Bemerkung
Ratsmitglieder der SPD-Fraktion		
Frau Sevda Alms	SPD	
Frau Mona Bergs	SPD	
Herr Philipp Bolz	SPD	
Herr Dominik Brandt	SPD	
Herr Reinhold Chlebosch	SPD	
Herr Ceylan Er	SPD	
Herr Edmund Feuster	SPD	
Frau Birgit Fiona Gericke	SPD	
Herr Stephan Grevel	SPD	
Herr Jürgen Linges	SPD	
Herr Martin Marquardt	SPD	
Herr Wolfgang Norf	SPD	
Frau Gina Penz	SPD	
Herr Daniel Rinkert	SPD	
Herr Gunter Schillings	SPD	
Herr André Thalmann	SPD	
Ratsmitglieder der CDU-Fraktion		
Herr Ralf Cremers	CDU	
Herr André Dresen	CDU	
Herr Markus Erhardt	CDU	
Herr Mirko Gössing	CDU	
Herr Holger Günther	CDU	
Herr André Heister	CDU	



Herr Wolfgang Kaiser	CDU
Frau Sabrina Nevermann	CDU
Herr Thorsten Schellenberg	CDU
Frau Heike Troles	CDU

Keine Teilnahme an Beratung und
Abstimmung zu TOP 8.2.1
(Fortführung des
Wirksamkeitsdialogs 2023, hier:
Antrag des Vereins Alte
Feuerwache Grevenbroich e. V.
vom 07.08.2023)

Herr René Ueckert	CDU
Frau Susanne Wasen	CDU
Herr Ewald Wörmann	CDU

Ratsmitglieder der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Rebecca Borgwardt	Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Herr Tobias Freitag	Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Herr Dr. Peter Gehrman	Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Frau Renate Steiner	Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Ratsmitglieder der FDP-Fraktion

Frau Margot Becker	FDP
Herr Steffen Büttgenbach	FDP
Herr Dr. Peter Cremerius	FDP
Herr Markus Schumacher	FDP

Ratsmitglieder der Fraktion Mein Grevenbroich

Herr Fred Leven	Mein Grevenbroich
Frau Ulrike Oberbach	Mein Grevenbroich
Frau Martina Suermann-Igné	Mein Grevenbroich

Ratsmitglieder der UWG-Fraktion

Herr Rolf Göckmann	UWG
Herr Leo Oehmen	UWG
Herr Hubert Rütten	UWG

Ratsmitglied DIE LINKE

Herr Walter Rogel	DIE LINKE
-------------------	-----------

Ratsmitglied GGV

Herr Dirk Heyartz	Grevenbroich Gemeinsam Verändern
-------------------	--

Fraktionslose Ratsmitglieder

Frau Beate Schmidt-Härten	parteilos
---------------------------	-----------

Von der Verwaltung:

Herr Klaus Krützen	Bürgermeister
--------------------	---------------

Herr Michael Heesch	Erster Beigeordneter
Herr Florian Herpel	Beigeordneter
Herr Arno Jansen	Beigeordneter
Herr Frank Möller	Kämmerer
Frau Ira Leifgen	Verwaltung

Schritfführer/-in:

Herr Stephan Renner	Schritfführer
---------------------	---------------

Vertreter*innen der städt. Beteiligungen:

Herr Wilfried Wißdorf	SEG
Frau Monika Stirken-Hohmann	Vorständin SBG AöR
Frau Kristiane von dem Bussche	GFWS

Nicht anwesend sind:

Ratsmitglieder der CDU-Fraktion

Herr Achim Pfeiffer	CDU
Herr Christoph Schiffer	CDU

Ratsmitglieder der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Dirk Schimanski	Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
----------------------	-------------------------

Ratsmitglied der AfD

Herr Christoph Hubert Welskop	AfD
-------------------------------	-----

Tagesordnung:

1.	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit	6
2.	Dringlichkeitsentscheidungen	6
3.	Mittelbereitstellungen	6
4.	Tätigkeitsbericht der Gleichstellungsstelle	6
5.	Interkommunale Zusammenarbeit: Übertragung des Fischereischeinwesens an den Rhein-Kreis Neuss	7
6.	Genehmigung der Nachtragshaushaltssatzung 2023 durch die Aufsichtsbehörde	7
7.	Zuleitung des Entwurfs des Jahresabschlusses 2022 und seiner Anlagen an den Rat	7
8.	Beratungspunkte Ausschüsse	8
8.1.	Entscheidung über Beratungspunkte aus der Sitzung des Ausschusses für Planung und Mobilität	8
8.1.1.	Straßenbenennung im Stadtgebiet hier: Umbenennung der Sauerbruchstraße im Ortsteil Neuenhausen	8
8.1.2.	Aufstellung der 47. Änderung des Flächennutzungsplanes "Photovoltaikanlage Am Bahndamm" – Ortsteil Neukirchen hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB	8
8.1.3.	Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. N 50 "Photovoltaikanlage Am Bahndamm" – Ortsteil Neukirchen hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB	9
8.2.	Entscheidung über Beratungspunkte aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses	9
8.2.1.	Fortführung des Wirksamkeitsdialogs 2023; hier: Antrag des Vereins Alte Feuerwache Grevenbroich e.V. vom 07.08.2023	9
8.3.	Entscheidung über Beratungspunkte aus der Sitzung des Hauptausschusses	10
8.3.1.	Standorte für Unterbringung geflüchteter Menschen	10
8.3.1.1.	Standorte für die Unterbringung geflüchteter Menschen (Ergänzung zu Vorlage 462/2023)	10
8.3.1.2.	Standorte für die Unterbringung geflüchteter Menschen (Antrag der CDU-Fraktion)	17
9.	Beantwortung Anträge und Anfragen aus den letzten Sitzungen	17
9.1.	Antrags-/Anfragenverfolgung (Antrag 45/2023)	17
10.	Schriftliche Anträge	18
10.1.	Anträge der SPD-Fraktion	18
10.1.1.	Schaffung einer Verbraucherzentrale in Grevenbroich (Antrag Nr.:77/2023)	18
10.2.	Anträge der CDU-Fraktion	18
10.3.	Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	18
10.4.	Anträge der FDP-Fraktion	18
10.4.1.	(Nach-) Nutzung des Feuerwehrgerätehauses in Gindorf unter Beteiligung der örtlichen Vereine sicherstellen (Antrag Nr.:76/2023)	18
10.5.	Anträge der Fraktion Mein Grevenbroich	18
10.5.1.	Benennung der Turnhalle der Realschule an der Bergheimer Straße in Hans-Weißig-Turnhalle (Antrag Nr.:78/2023)	18

10.6.	Anträge der UWG-Fraktion	18
11.	Gemeinschaftsanträge	19
11.1.	Erlass einer Vorkaufsrechtsatzung für die Geltungsbereiche Kölner Straße, Breitestraße, Karl-Oberbach-Straße, Bahnstraße und Rheydter Straße bis zur Bahnlinie (Antrag Nr.:79/2023)	19
12.	Schriftliche Anfragen	19
12.1.	Anfragen der SPD-Fraktion	19
12.2.	Anfragen der CDU-Fraktion	19
12.3.	Anfragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	19
12.4.	Anfragen der FDP-Fraktion	19
12.5.	Anfragen der Fraktion Mein Grevenbroich	19
12.6.	Anfragen der UWG-Fraktion	19
13.	Mitteilungen des Bürgermeisters	19

Protokollierung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

BM Krützen eröffnet die Ratssitzung um 18.30 Uhr. Er stellt die ordnungs- und fristgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Rh Cremers schlägt vor, TOP 8.3.1 vorzuziehen und zu Beginn der Sitzung zu behandeln.

Bürgermeister Krützen erläutert, dass der Sitzungssaal aus Gründen des Feuerschutzes nur eine bestimmte Personenzahl aufnehmen kann und führt aus, dass eine Verlegung der Sitzung nicht möglich war.

Anschließend gratuliert er den Ratsmitgliedern, die seit der Ratssitzung am 28.09.2023 Geburtstag hatten.

Zu den folgenden Tagesordnungspunkten wurden noch ergänzende Unterlagen versandt: Ö7, Zuleitung des Jahresabschlusses 2022 und seiner Anlagen an den Rat, Ö8.2.1., Fortführung des Wirksamkeitsdialogs, hier: Antrag des Vereins Alte Feuerwache e. V. und Ö8.3.1, Standorte für die Unterbringung geflüchteter Menschen.

Bürgermeister Krützen fragt, ob Einwände dagegen bestehen, dass durch die Presse während der Beratungen des TOPs 8.3.1 Fotografien angefertigt werden. Aus dem Rat und dem Publikum werden keine Einwände erhoben.

Beschluss: einstimmig beschlossen: Ja 47

Die geänderte Tagesordnung wird beschlossen.

2. Dringlichkeitsentscheidungen

Liegen nicht vor.

3. Mittelbereitstellungen

Liegen nicht vor.

4. Tätigkeitsbericht der Gleichstellungsstelle

Beschluss: Kenntnisnahme: Ja 47

5. Interkommunale Zusammenarbeit: Übertragung des Fischereischeinwesens an den Rhein-Kreis Neuss

Beschluss: mehrheitlich beschlossen: Ja 46 Nein 1

Der Rat beschließt die Übertragung des Fischereischeinwesens (Erteilung von Fischereischeinen) an den Rhein-Kreis Neuss. Der Rat nimmt den Entwurf der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Übernahme der Aufgaben des Fischereischeinwesens von der Stadt Grevenbroich durch den Rhein-Kreis Neuss zur Kenntnis und beauftragt den Bürgermeister, diese Vereinbarung mit dem Rhein-Kreis Neuss abzuschließen.

Die Vorlage hat haushaltswirtschaftliche Auswirkungen:

Bei Einzahlungen/Erträgen:	ja
Bei Auszahlungen/Aufwendungen	ja
Die Vorlage hat personalwirtschaftliche Auswirkungen	nein

In den Haushalten der folgenden Jahre:

2024		
Minderaufwand Software	1.100,00	EUR
Minderertrag Gebühren	3.690,00	EUR
Finanzierungsbedarf insgesamt	<u>2.590,00</u>	<u>EUR</u>

2025		
Minderaufwand Software	1.100,00	EUR
Minderertrag Gebühren	3.690,00	EUR
Finanzierungsbedarf insgesamt	<u>2.590,00</u>	<u>EUR</u>

2026		
Minderaufwand Software	1.100,00	EUR
Minderertrag Gebühren	3.690,00	EUR
Finanzierungsbedarf insgesamt	<u>2.590,00</u>	<u>EUR</u>

6. Genehmigung der Nachtragshaushaltssatzung 2023 durch die Aufsichtsbehörde

Beschluss: Kenntnisnahme: Ja 47

7. Zuleitung des Entwurfs des Jahresabschlusses 2022 und seiner Anlagen an den Rat

Beschluss: einstimmig beschlossen: Ja 47

Der Rat der Stadt Grevenbroich nimmt den vom Stadtkämmerer aufgestellten und vom Bürgermeister bestätigten Entwurf des Jahresabschlusses 2022 zur Kenntnis und verweist ihn an den Rechnungsprüfungsausschuss gem. § 59 Abs. 3 i. V. m. § 96 Abs. 1 GO NRW.

8. Beratungspunkte Ausschüsse

8.1. Entscheidung über Beratungspunkte aus der Sitzung des Ausschusses für Planung und Mobilität

8.1.1. Straßenbenennung im Stadtgebiet

hier: Umbenennung der Sauerbruchstraße im Ortsteil Neuenhausen

Rf Steiner meldet für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Beratungsbedarf an.

Rh Kaiser fragt, warum in der Beschlussempfehlung nur die neue Bezeichnung aufgeführt ist und nicht wie in der Ausschussvorlage auch die bisherige Straßenbezeichnung? Aus Sicht der CDU-Fraktion müsste auch dieser Aspekt Bestandteil des Beschlusses sein.

Bürgermeister Krützen sagt zu, die Vorlage in dieser Hinsicht anzupassen.

Beschluss: vertagt: Ja 47

Vertagt in die Ratssitzung am 20.12.2023.

8.1.2. Aufstellung der 47. Änderung des Flächennutzungsplanes "Photovoltaikanlage Am Bahndamm" – Ortsteil Neukirchen

hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB

Rh Kaiser betont, dass die CDU-Fraktion zwar gegen diesen und den nächsten Beschlussentwurf stimmen wird, dies aber keine grundsätzliche Ablehnung von Freiflächen-PV bedeutet. Diese halte man in Kombination beispielsweise mit Neubaugebieten für sinnvoll. Abgelehnt werde das konkrete Projekt.

Rf Schmidt-Härden hält es für sinnvoll, PV-Anlagen auf versiegelten Flächen zu errichten. Natur- und Grünflächen seien dafür zu wertvoll. Sie wird deshalb ebenfalls ablehnen.

Rh Göckmann begründet die Enthaltung der UWG-Fraktion damit, dass man eher Dachflächen in den Blick nehmen solle. Er bedauert, dass der Antrag auf Förderung sog. Balkon-Kraftwerke noch nicht umgesetzt sei.

Beschluss: mehrheitlich beschlossen: Ja 25 Nein 14 Enthaltung 8

Der Rat beschließt gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) die Aufstellung der 47. Änderung des Flächennutzungsplanes „Photovoltaikanlage Am Bahndamm " – Ortsteil Neukirchen.

Die Vorlage hat haushaltswirtschaftliche Auswirkungen:

Bei Einzahlungen/Erträgen:	nein
Bei Auszahlungen/Aufwendungen	nein
Die Vorlage hat personalwirtschaftliche Auswirkungen	nein

**8.1.3. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. N 50 "Photovoltaikanlage Am Bahndamm" – Ortsteil Neukirchen
hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB**

Beschluss: mehrheitlich beschlossen: Ja 25 Nein 15 Enthaltung 7

Der Rat beschließt gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. N 50 „Photovoltaikanlage Am Bahndamm“ – Ortsteil Neukirchen.

Die Vorlage hat haushaltswirtschaftliche Auswirkungen:

Bei Einzahlungen/Erträgen:	nein
Bei Auszahlungen/Aufwendungen	nein
Die Vorlage hat personalwirtschaftliche Auswirkungen	nein

8.2. Entscheidung über Beratungspunkte aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses

8.2.1. Fortführung des Wirksamkeitsdialogs 2023; hier: Antrag des Vereins Alte Feuerwache Grevenbroich e.V. vom 07.08.2023

Vor Eintritt in den Tagesordnungspunkt kündigt Rf Troles an, aufgrund ihrer Funktion als Vorsitzende des Vereins Alte Feuerwache e. V. bei diesem Tagesordnungspunkt nicht an der Beratung und der Abstimmung teilzunehmen und nimmt im Zuschauerraum Platz.

Rh Rinkert bittet die Verwaltung darum, alle zwei Monate nichtöffentlich im Stadtrat über den Stand des Mediationsverfahrens zu berichten, erstmalig in der Ratssitzung am 20.12.2023.

Rh Kaiser stimmt dem Vorschlag zu.

Beschluss: einstimmig beschlossen: Ja 46

Der Rat beschließt, dass die bestehenden, von der Verwaltung zum Jahresende gekündigten Verträge mit dem Verein Alte Feuerwache e.V., mit Befristung zum 31.12.2024 verlängert werden. Die Höhe des städtischen Zuschusses beträgt 492.958,42 € + 1,5 % Kostensteigerungsausgleich.

Die Verwaltung wird beauftragt, unter Hinzuziehung eines Mediators den Wirksamkeitsdialog mit dem Ziel fortzusetzen, eine Leistungsvereinbarung für das Geschäftsjahr 2025 im Einvernehmen mit dem Verein Alte Feuerwache e.V. zu entwickeln und im Jugendhilfeausschuss und dem Stadtrat vorzulegen.

Die Verwaltung wird beauftragt, alle zwei Monate nichtöffentlich im Stadtrat über den Stand des Mediationsverfahrens zu berichten, erstmalig in der Ratssitzung am 20.12.2023.

8.3. Entscheidung über Beratungspunkte aus der Sitzung des Hauptausschusses

8.3.1. Standorte für Unterbringung geflüchteter Menschen

8.3.1.1. Standorte für die Unterbringung geflüchteter Menschen (Ergänzung zu Vorlage 462/2023)

Der Tagesordnungspunkt wird unmittelbar nach der Beschlussfassung über die Tagesordnung behandelt.

Bürgermeister Krützen gibt einleitend zu diesem Tagesordnungspunkt eine Stellungnahme ab, die den Sitzungsunterlagen beigelegt wird.

Rh Kaiser erinnert den Landesparteitag der CDU so, dass die Akzeptanz vor Ort im Mittelpunkt stand und unterstrichen wurde, dass es um die Menschen geht. Er möchte sich aber auf die konkrete Situation in Grevenbroich konzentrieren. Das Thema Flüchtlingsunterbringung ist in der Stadt präsent und kein einfaches. Die persönliche Diffamierung von handelnden Personen lehnt er strikt ab und beklagt, dass diese gerade auf der kommunalen Ebenen allgemein stark zugenommen habe. Auch der Rat mache sich die Entscheidungen nicht einfach und handele verantwortungsbewusst. Der in der heutigen Sitzung vorgelegte Beschlussentwurf wird von der CDU-Fraktion nicht mitgetragen. Alle Unterpunkte entsprechen nicht den Vorstellungen der Fraktion. Er erhofft sich von der Debatte einen fairen Umgang miteinander und betont, dass es in einer demokratischen Diskussion möglich sein müsse, eine andere Meinung zu vertreten. Die Ablehnung des Beschlusses begründet Rh Kaiser für die CDU-Fraktion wie folgt: Die Flüchtlingsunterbringung stellt bundesweit für alle Kommunen ein Problem dar, das in Grevenbroich nicht gelöst werden kann. Nirgends wird vor Ort bestimmt, wie viele Menschen aufgenommen werden müssen. Dies erfolgt über ein Verteilungssystem. Das sind die gesetzten Rahmenbedingungen. Die Menschen sind unterzubringen und für sie zu sorgen. Das Problem muss an einer anderen Stelle angegangen werden um die Zuweisungen zu reduzieren, sonst folge ein nicht gewollter Kollaps. Es helfe auch nicht, in der Diskussion immer wieder den Fachkräftemangel anzuführen. Das Problem besteht zweifelsfrei, weshalb es wichtig sei, geflüchtete Menschen dem Arbeitsmarkt zuzuführen. Am Ende sei aber zunächst entscheidend, diese Menschen sozialverträglich zu integrieren. Für Grevenbroich stelle sich nun die Frage, wo und wie sie untergebracht werden können. Nicht alle Modelle funktionieren dabei in jeder Kommune gleich gut. In einer zentralen Unterbringungseinrichtung sieht die CDU-Fraktion für Grevenbroich keine Vorteile, sondern im Gegenteil viele Nachteile. Grevenbroich sei eine Flächengemeinde mit vielen Stadtteilen und dörflichen Strukturen und somit nicht groß genug für eine solche zentrale Einrichtung. Dazu gehöre ja auch eine eigene Infrastruktur für Verwaltungseinrichtungen, medizinische Versorgung, Kinderbetreuung und vieles mehr. Zu diesem Thema gibt es zahlreiche Veröffentlichungen im Netz, beispielhaft der zuständigen Bezirksregierungen, der Flüchtlingsräte und Merkator-Stiftung. Dort könne man sehr genau nachlesen, wie sich eine solche Einrichtung zusammensetzt. Auch andere Veröffentlichungen wie die von Isabella Bauer zum Thema Gewaltprävention und Konfliktbewältigung können herangezogen werden, die auf Erfahrungen der Jahre 2015-2017 beruht. Die Vorteile einer solchen Einrichtung liegen in wirtschaftlichen Gründen für die Kommunen: Kostenübernahme, Anrechnung auf die Zuweisungen und keine Notwendigkeit für zusätzliche kommunale Infrastruktur beispielsweise bei Kita- oder Schulplätzen. Diese Vorteile versteht auch die CDU-Fraktion. Für sie ist aber die Sozialverträglichkeit wichtiger. Die große Anzahl von rund 600 Personen ist dazu nicht geeignet. Die geplante Bürgerversammlung wird begrüßt. Diese wird die Sichtweise der CDU-Fraktion aber nicht verändern. Man halte eine dezentrale Unterbringung von Menschen für erforderlich, um diese sozialverträglich zu gestalten. Auch ein Standort mit 320 Personen sei zu groß. Bereits im November 2022 hat die CDU-Fraktion einen Antrag mit rund einem Dutzend Standorte eingereicht. Im Dezember 2022 hat der Rat dann eine Liste mit zahlreichen dezentralen Standorten beschlossen. Nun gehe es nur noch um Kosten, Wirtschaftlichkeit und den Haushalt der Stadt. Die CDU habe schon 2022 Gegenwind für ihren Antrag aushalten müssen. Die Sichtweise unmittelbar betroffener Anwohner ist allerdings verständlich und muss unbedingt sorgfältig

abgewogen werden. Diese Position der CDU ist unverändert. Eine sozialverträgliche Lösung und ein dauerhaftes Miteinander sind nur über eine dezentrale Unterbringung zu erreichen. Die Kostenseite ist dabei nur zweitrangig. Er wirbt um Zustimmung für diese Position im Rat und bei der Verwaltung und hofft auf Unterstützungsgelder vom Land oder Bund. Bisher sind ihm 1,7 Mio. Euro / Jahr bekannt, aufgeteilt auf 1,4 Mio. Euro vom Land und 0,3 Mio. Euro vom Bund. Die CDU-Fraktion ist sich ihrer Verantwortung bewusst und wird den Entwurf deshalb nicht einfach ablehnen, sondern legt einen alternativen Beschlussentwurf mit anderen Standorten vor. Erneut schlägt sie damit verschiedene Standorte für eine dezentrale Struktur vor. Dabei habe man versucht, ausschließlich Standorte zu wählen, die auch von der Verwaltung in den letzten zwölf Monaten als Standorte benannt worden waren. Der Vorschlag umfasst acht Container auf sechs Standorten, statt acht Container auf drei Standorten wie in der Verwaltungsvorlage. Dies ist aus Sicht der CDU-Fraktion eine eindeutig machbare Alternative, unabhängig von den Kosten für den Haushalt. Er trägt den Beschlussentwurf vor, der als Anlage den Sitzungsunterlagen beigelegt wird. Abschließend betont er, dass die CDU-Fraktion den Bürgermeister bei der Forderung nach mehr Hilfe durch Land und Bund unterstützt. Die Kommunen können dies nicht alleine lösen, erst recht nicht bei einer angespannten Haushaltslage. Er schlägt eine an die Verantwortlichen im Bund gerichtete gemeinsame Resolution aller Fraktionen im Rat vor, die durch die CDU-Fraktion gerne vorbereitet werde.

Rh Rinkert betont, dass es sich um sehr herausfordernde Zeiten handle. Eine Krise folge auf die nächste. Es gebe viele große Themen, die Veränderungen für die Gesellschaft, aber auch für jeden Einzelnen mit sich bringen. Es sei nachvollziehbar, dass dies Sorgen und Ängste, in jedem Fall Fragen auslöse. Andererseits könne man aber aus dem, was man als Gesellschaft, auch als Stadtgesellschaft bereits geleistet habe, Mut und Zuversicht schöpfen, dass auch anstehende Aufgaben bewältigt werden können. Er erinnert an die Corona-Krise oder den Ukraine-Krieg, wo auf vielfältige Art und Weise aus der Zivilgesellschaft heraus unterstützt wurde. Dies galt auch in der Flüchtlingskrise 2015/2016, wo auch viele Vereine mitgeholfen haben, die Menschen zu empfangen und zu integrieren. Bei all diesen Menschen, die sich engagieren, bedankt er sich ausdrücklich. Er blickt bei allen organisatorischen und finanziellen Herausforderungen deshalb auch optimistisch in die Zukunft. Derzeit werden Grevenbroich rund 70 Personen pro Monat zugewiesen. Insgesamt leben bereits rund 1.500 Personen an 24 Standorten im Stadtgebiet, mit teilweise bis zu 220 Menschen pro Standort. Es müssen nun aber deutlich mehr Plätze geschaffen werden. Politik und Verwaltung haben dies gemeinsam diskutiert und es bestand eigentlich Konsens darüber, dass man mit kleinteiligen Lösungen an Grenzen stößt – bei der Flächenverfügbarkeit, aber auch bei der Organisation der Betreuung und eben auch bei der finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt. Die CDU sprach von sozialen Verwerfungen bei größeren Einheiten. Dies funktioniere aber an verschiedenen Stellen in der Stadt schon ordentlich. Die deutlich teureren kleineren Unterkünfte sorgen dagegen erst recht für soziale Verwerfungen, weil es dann um die Frage gehen wird, was sich die Stadt überhaupt noch leisten kann. Könnten wir dann die Turnhalle in der Südstadt sanieren? Oder für die 3.Gesamtschule eine Turnhalle bauen? Dann geht es auch konkret um die Frage, ob Kita-Beiträge in Zukunft geringer oder OGS-Beiträge sozial gestaffelt werden können. Es geht konkret um die Verhinderung einer weiteren Erhöhung der Grundsteuer B. In der Bevölkerung darf nicht der Eindruck entstehen, dass die finanziellen Mittel nur einseitig aufgewendet werden und man selbst nichts davon habe. Dies muss mit beachtet werden. Es bestand Konsens darüber, dass größere Einheiten benötigt werden. Mit dieser Zielrichtung haben im Vorfeld der Sitzung die Fraktionsvorsitzenden diskutiert, auch mit Blick auf den eindringlichen Appell der CDU-geführten Landesregierung an die Kommunen, sie bei der Schaffung zusätzlicher Unterbringungsmöglichkeiten zu unterstützen. Die CDU und auch die Landtagsabgeordnete Frau Troles in Person hat auf den Landesparteitag beschlossen, Zitat: „Außerdem haben die Landesregierung und die kommunalen Spitzenverbände vereinbart, bis Anfang 2024 weitere 3.000 Plätze in Landeseinrichtungen für die Erstunterbringung von geflüchteten Menschen zu schaffen. Die CDU NRW begrüßt die verantwortungsvolle Partnerschaft zwischen Land und Kommunen.“ Diese verantwortungsvolle Partnerschaft müsse nun gelebt werden. Dabei müssen alle Aspekte berücksichtigt werden. Sowohl die Sorgen und Nöte der Anlieger, aber auch die organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten. Die Entscheidung für zunächst weitere 560 Plätze in städtischen

Unterkünfte treffe man aus folgenden Erwägungen. Zunächst müsse man dies tun. Es handle sich um keine freiwillige Aufgabe, sondern um eine Pflicht. Weiter habe man sich genau angesehen, wo es denn überhaupt noch geeignete Flächen gibt. An der Stövergasse beispielsweise ist eine größere Einrichtung wegen eines Bodendenkmals nicht möglich. Der Blick auf die Alltagsberichte aus dem Sozialbereich und der Notwendigkeit, eine gute Betreuung sicherstellen zu müssen, damit Integration gelingen kann, sei genauso wichtig, wie der auf die personellen Ressourcen bei Ordnungs- und Sicherheitsbehörden. In Grevenbroich habe man hohe Standards bei diesen Themen und es wichtig, dass die Menschen im Umfeld Sicherheit und konkrete Ansprechpartner haben. Aber eben auch die Finanzen sind sehr wichtig, gerade nachdem man es endlich geschafft habe, nach 30 Jahren die Haushaltssicherung zu verlassen. Kleinere Standorte bedeuten rund 1 Mio. Euro zusätzliche Kosten pro Jahr, die an anderer Stelle eingespart werden müssen. Mit diesem Geld könne man beispielweise auch alle Geschwisterkinder in der OGS beitragsfrei stellen. Er hält es für wichtig, endlich darüber zu sprechen, was eine Landeseinrichtung eigentlich ausmacht und dies den Menschen auch zu erklären. Die Vorteile seien bekannt: die Kostenübernahme, die Anrechnung auf die Zuweisungen, aber auch die bessere Betreuung der untergebrachten Menschen mit Sprachkursen, mit Integration und Angeboten für Kinder, viel umfassender und besser als das, was ansonsten geleistet werden kann. Es sei gut, darüber zu sprechen und nachzudenken. Ausdrücklich begrüßt er die Bürgerversammlung und sichert zu, als örtlicher Bundestagsabgeordneter in der gemeinsamen Verantwortung von Bund, Land und Kommunen dabei zu unterstützen und geht davon aus, dass es die örtliche Landtagsabgeordnete auch so handhaben wird. Im Bund bekämpfe man die illegale Migration, Sorge für eine europäische Flüchtlingspolitik und mehr Mittel, alleine in diesem Jahr über 16 Milliarden Euro für Flucht und Migration, davon 3,75 Milliarden Euro für die Länder, die diese an die Kommunen weitergeben. Es sei bedauerlich, dass der Konsens im Grevenbroich Rat nicht mehr besteht und appelliert an die CDU, diesen wieder zu ergreifen. Alles andere trüge nur zur Spaltung der Gesellschaft bei, von den keine der im Rat vertretenen Fraktionen profitieren würden. Für Lange Walker reduziere man mit dem Beschluss die Platzzahl in einer städtischen Unterkunft von 400 auf 320 Plätze, bei einer üblichen Belegung von 80 % also rund 260 faktische Plätze in diesen beiden großen Stadtteilen. Er beantragt abschließend, unter Beschlusspunkt 3 zu formulieren „... bis zu 320 Personen“ und kündigt ansonsten die Zustimmung zur Verwaltungsvorlage an.

Rf Schmidt-Härten betont, dass die Bedeutung des Themas auch durch die Statements der Vorredner deutlich wurde. Sie hat konkrete Fragen zum Sachverhalt. Wie wird die Belegung in den Container aussehen? Bedeutet 120 Personen pro Standort, dass zwei Container zu je 80 Plätzen aufgestellt werden, die dann nur teilweise belegt werden? Oder werden es 1,5 Container sein? Würde sich dies auch auf die Kosten auswirken? Werden die Container nach Bedarf aufgestellt? Und sind die Tabellen auf Seite 4 des Beschlussentwurfs aktuell? Der Standort Steelchen sei nach ihrer Kenntnis aktuell nicht belegt, laut Tabelle aber schon.

Bürgermeister Krützen führt aus, dass die Kostenentwicklung bei den Wohnmodulen sehr dynamisch sei. Die Nachfrage steige stetig. Deshalb seien gute Angebote zumeist sehr standardisiert, so auch in diesem Fall. Die Module haben einheitlich 80 Plätze. Generell könne man davon ausgehen, dass eine Belegung von 80% der Plätze erfolgt, die der Rat beschließt. Die Miet-Mindestdauer beträgt ein Jahr, insofern könne man relativ flexibel Module auch zurückgeben, wenn sie nicht mehr benötigt werden. Dies sei bei Festbauten anders. Er bittet darum, die Frage zur Tabelle zu wiederholen.

Rf Schmidt-Härten erläutert, dass die Tabelle verschiedene Spalten habe, die u. a. auf Kapazität, aktuelle Plätze und Potenzial zusätzliche Plätze verweisen. Mit Blick darauf, dass Am Steelchen nicht mehr belegt sei, könne sie die Tabelle nicht nachvollziehen.

Bürgermeister Krützen erläutert, dass Am Steelchen niemand untergebracht sei. Beschlossen wurde im Dezember, dort einen Festbau mit 80 Personen zu errichten. In der Folge habe man erkannt, dass dies zu wenig sei und zu zeitaufwendig, weshalb man nun 120 Plätze in Modulbauweise vorschläge. [Hinweis im Nachgang zur Sitzung: Die Tabelle wurde aus der Vorlage

aus dem Dezember 2022 übernommen, ist entsprechend gekennzeichnet und gibt die damaligen Belegungszahlen wieder.]

Rf Suermann-Igné bedankt sich bei Rh Rinkert und Rh Kaiser für die sachlichen Ausführungen. Sie erinnert daran, dass die Verwaltung ursprünglich vorgeschlagen habe, an der Stövergasse, Am Steelchen und In der Dell jeweils 160 Plätze zu schaffen und an der Nordstraße 220 Plätze. Die CDU dem damals zustimmen können, weshalb sie nun der vorgelegte kleinteilige Vorschlag irritiere, vor allem gemessen daran, dass man so ja im Bereich Hagelkreuz auf etwa 395 Plätze gekommen wäre. Heute führe die CDU aus, dass man an der Nordstraße zusätzliche 65 Menschen unterbringen könne. In beiden Varianten stelle sie in Zweifel, ob man noch von Kleinteiligkeit sprechen könne. An Lange Walker möchte die CDU 130 Plätze schaffen. Dort sei Kleinteiligkeit wichtig, am Hagelkreuz offenbar nicht. Ihr fehlen zudem die konzeptionellen Vorschläge der CDU hinsichtlich Personal und Finanzen. Sie könne auch die Frage stellen, ob die CDU bereit wäre, im Zweifel auch die Grundsteuer B zu erhöhen, um am Ziel der Kleinteiligkeit festzuhalten. Man könne nicht nur fordern, sondern müsse dann auch erklären, wie es denn gehen soll.

Rh Dr. Gehrman schließt sich den Ausführungen von Rf Suermann-Igné zur Größe des Standorts Hagelkreuz an. Mit den Plätzen im Hotel und dem von der CDU beantragten zusätzlichen Container komme man rund um das Buckau-Gelände auf mehrere hundert Personen. Das sei das Gegenteil einer dezentralen Unterbringung. Die Menschen, die dort leben, könnten genauso die nächste Ratssitzung besuchen. Deshalb sei es nicht zu Ende gedacht, was die CDU fordere. Die Fraktionen haben sich beraten, die Vorschläge sind diskutiert und auch angepasst worden. Die CDU habe sich darin nicht eingebracht und lege stattdessen erst in der Sitzung einen Vorschlag auf den Tisch, den niemand kannte und der auch nicht geprüft werden konnte. Das sei ein Stil, den er schlecht akzeptieren könne. Dies sei einer demokratischen Vorgehensweise nicht würdig.

Bürgermeister Krützen bittet darum, bei aller verständlichen Emotionalität die sachliche Basis der Diskussion nicht zu verlassen.

Rh Schumacher begrüßt das Eingangsstatement des Bürgermeisters, weil dort auf die Notwendigkeiten hingewiesen wurde und auch darauf, wie die Kommunikation verbessert werden muss. Er erinnert sich daran, wie die ersten Flüchtlinge nach Gustorf und Gindorf gekommen sind, auch damals sei zu wenig informiert worden. Auch als örtlicher Ratsherr hätte er nicht alle Informationen vorliegen gehabt. Dort leben inzwischen 180 Personen. Die Verunsicherung in den nördlichen Stadtteilen könne er deshalb gut nachvollziehen und er begrüßt, wie viele Bürgerinnen und Bürger sich auf sachliche Art und Weise gegenüber der Politik und der Verwaltung dazu geäußert haben. Migration müsse besser gestaltet werden, aber dazu müsse auf allen politischen Ebenen redlich gehandelt werden. Auch Grevenbroich habe die Aufgabe, die Menschen unterzubringen. Aus dieser Pflicht wird sie nicht entlassen werden. Deshalb müsse gehandelt werden. Man könne und dürfe die Menschen nicht auf der Straße lassen. Bisher sei er sehr stolz darauf, dass in Grevenbroich Beschlüsse zu diesem Thema immer einstimmig gefasst wurden. Dieser Konsens sei nun leider vorbei und er geht davon aus, dass die CDU davon nicht profitieren wird, sondern andere Kräfte, was für die Demokratie schlimme Folgen haben wird. Für ihn seien die Kosten auch nicht zweitrangig. Die FDP habe Steuererhöhungen immer abgelehnt. Eine dezentrale Unterbringung werde finanziell nicht umfassend ausgestattet werden. Er ist sicher, dass ein Beschluss zu dezentralen Standorten deshalb die nächste Steuererhöhung zwingend machen würde. Die Wirtschaftlichkeit müsse mit in den Blick kommen. Ein Paradigmenwechsel in der Migrationspolitik sei notwendig, da seien aber andere politischen Ebenen gefordert. Es müssen Asylverfahren beschleunigt und Pull-Effekte reduziert, also Geld- durch Sachleistungen ersetzt werden. Rf Troles ist gebeten, hierzu als Landtagsabgeordnete ihren Einfluss geltend zu machen. Die FDP mache sich keinen schlanken Fuß, sondern eine redliche Politik. Steuererhöhungen habe und werde man nicht mittragen, deshalb lehne man auch Vorschlag der CDU ab, der unweigerlich dazu führen würde.

Rh Kaiser möchte auf die ihm gestellten Fragen eingehen, auf die Fragen zur Bundes- und Landespolitik werde Rf Troles sich äußern. Er erinnert daran, dass es im Hauptausschuss keine Abstimmung gegeben habe, weil andere Fraktionen einen Beratungsbedarf angemeldet hatten. Man sei damals davon ausgegangen, dass in den angeführten 240 Plätzen die Zelte bereits enthalten seien, was nicht der Fall war. Hier habe man sich korrigiert. Der Vorschlag der CDU gehe immer von einer Belegung mit 80% aus, bei 80 Plätzen also 65 Personen, weshalb er die Fragen von Rf Suermann-Igné nicht nachvollziehen könne. Die Hinweise auf Grundsteuer B, die Turnhalle in der Südstadt oder Beitragsfreiheit in der OGS findet er übertrieben und geht davon aus, dass sich die Bürgerinnen und Bürger der Stadt ein Bild dazu machen können und werden. Die personellen Konsequenzen seien der CDU-Fraktion bewusst. Es gehe um mehr Personal, das stehe außer Frage. Drei Standorte bedeuten in dieser Hinsicht 1 Mio. Euro mehr, das könne man der Vorlage entnehmen. Entgegen der Annahme von Rh Dr. Gehrman sei der Vorschlag zu Ende gedacht. Man sei sich bewusst, dass es keine Unendlichkeit an Standorten gebe und schlage deshalb auch nur noch sechs Standorte vor, die man für möglich halte. Der Antrag der CDU zu dezentralen Standorten ist 12 Monate alt und bekannt, den müsse man nicht frühzeitig erneut stellen. Im Gegensatz zu Rh Schumacher spreche er zu Grevenbroich und nicht zu Land und Bund. Für alles andere seien Rf Troles und Rh Rinkert zuständig. Er fragt zudem, was noch für finanzielle Unterstützung vom Bund kommen würde, die bisher gezahlten Gelder kämen weit überwiegend vom Land.

Bürgermeister Krützen erinnert daran, dass zwar bereits vor einem Jahr über dezentrale Unterbringung gesprochen wurde, die Umstände damals aber auch ganz anders waren. Die Beschlüsse vom Dezember 2022 waren damals richtig. Für ihn seien zwischenzeitlich die Ergebnisse eines Ausschreibungsverfahrens für Sicherheitspersonal an Unterkünften erhellend gewesen. Für fünf Unterkünfte müsste man 2,5 Mio. Euro aufwenden. Die bereits angeführte Grundsteuererhöhung hat Mehrerträge in ungefähr der gleichen Größenordnung erbracht. Da stimme etwas nicht mehr in der Verhältnismäßigkeit. So, wie man Ende 2022 geplant hatte, komme man nicht weiter. Man müsse, wenn man das dennoch wolle, der Bevölkerung erklären, wie man das machen wolle. Er habe entschieden, dass es sinnvoller sei, über größere Einheiten nachzudenken.

Rh Thalmann findet, dass Rh Kaiser die Ausführungen von Rh Schumacher zu verkürzt darstellt. Dieser habe sich sehr wohl zur Kommunalpolitik geäußert, speziell zu den finanziellen Folgen von Beschlüssen. Das habe mit Bund oder Land nichts zu tun. Ihm sei der Haushalt auch zu wichtig, als ihn für schnellen Applaus zu ignorieren. Das hole einen sonst immer wieder ein. In Grevenbroich werde eine tolle Jugendarbeit gemacht. Wenn man den Haushalt nicht mehr im Griff habe, müsse man alle diese Angebote in Frage stellen. Rh Kaiser habe angeführt, Grevenbroich sei für eine Landesunterkunft zu klein. Er verweist auf Weeze, Rees und Rheinberg, die alle wesentlich kleiner sind als Grevenbroich und dennoch Landesunterkünften aufweisen. Der Vortrag des Fachbereichs im Rat habe ihn sehr beeindruckt. Kleinteilige Standorte seien nicht gut zu betreuen und mehr Personal auch schwer zu organisieren. Kleinteilige Lösungen seien deshalb nicht nur aus finanziellen Gründen, aber auch aus organisatorischen Gründen nicht zu leisten. Er habe Verständnis für die betroffenen Anlieger, deren Forderungen seien legitim. Der Rat müsse aber Entscheidungen für die gesamte Stadt treffen. Abschließend appelliert er an die CDU-Fraktion, pragmatisch zu überlegen, wie man Finanzierbarkeit und Umsetzbarkeit miteinander verbinden könne.

Rh Göckmann findet, dass das Thema der Beteiligung und dem Diskussionsumfang würdig ist. Er sieht das Thema ebenso wie Rh Thalmann rein pragmatisch. Aktuell sei die Unterbringung sehr dezentral organisiert. Bisher war die Situation aber auch eine andere. Man müsse jetzt mit diesen Änderungen umgehen und auch einbeziehen, wie es sich weiterentwickeln wird. Dies sei eine Ausnahmesituation, in der Ausnahmelösungen gefunden werden müssen. Steuererhöhungen lehne auch die UWG ab, auch wenn man selbstverständlich über Finanzen sprechen müsse. Da könne man sich nicht auf zusätzliche Unterstützung von Bund und Land verlassen. Sicherlich nehmen alle Beteiligten das Thema ernst. Niemand mache sich Entscheidungen leicht. Seine Fraktion sieht in

der Verwaltungsvorlage den einzigen gangbaren Weg, der man deswegen auch zustimmen werde. Den Vorschlag von Rh Rinkert, in Punkt 3 „bis zu“ einzufügen, unterstützt er.

Rh Cremers findet die Diskussion unsäglich. Den Vorwurf, den Konsens zu verlassen, empfindet er als Affront ohnegleichen. Insbesondere weist er den Vorwurf von Rh Dr. Gehrman zurück, die CDU stünde nicht mehr auf dem demokratischen und rechtsstaatlichen Boden. Man müsse unterschiedliche Meinungen aushalten. Es müsse darum gehen, die Bürger in ihren Meinungen und Ideen ernst zu nehmen. Es müsse nicht immer nur um den finanziellen Aspekt gehen. Verantwortungsvolles Handeln bedeute auch, den sozialen Zusammenhalt nicht zu gefährden. Eine so große Einrichtung stelle aber schon eine Belastung dar. Kapellen und Wevelinghoven weisen im Gegensatz zur Stadtmitte eine dörfliche Struktur auf, keine städtische. Das mache auch einen großen Unterschied. Er hätte es zudem besser gefunden, wenn man die Bürgerversammlung ganz offen gestaltet hätte und nicht nur mit der Frage, ob es entweder eine große Landesunterkunft oder alternativ eine städtische Unterkunft mit 320 Plätzen gibt.

Rf Troles möchte für das Protokoll einige Punkte klarstellen. Sie habe als Delegierte am Landesparteitag der CDU teilgenommen. Dort habe man auch einen Beschluss zur Migration gefasst. Es verwundere sie, dass daraus falsch zitiert werde. Man habe darin 16 Forderungen an den Bund formuliert. Während der Bund die Kommunen im Stich lässt, stünden Land und Kommunen in der Verantwortungsgemeinschaft. Das Land habe zudem den Kommunen mitgeteilt, dass man weitere 808 Millionen Euro ins System gebe. Der Bund gebe für Grevenbroich dagegen nur 279.000 Euro. 1,4 Mio. Euro kommen dagegen vom Land. Das sei entgegen den Ausführungen von Rh Schumacher nicht das Geld zur Auszahlung an die Flüchtlinge, sondern für die Unterkünfte. Man habe zudem auf dem Parteitag beschlossen, dass der Bund zeitnah in enger Abstimmung mit den Ländern die Voraussetzung für die Einführung einer bundesweit einheitlichen Bezahlkarte schaffen und dabei die Umsetzbarkeit in den Kommunen schaffen soll. Der Bund sei mit in der Pflicht, man dürfe nicht immer nur auf das Land zeigen. Sie sei auf die Vorschläge von Rh Rinkert gespannt.

Bürgermeister Krützen erinnert an die Geschäftsordnung, die keine Beifalls- und Missbilligungsäußerungen aus dem Publikum zulässt und bittet darum, diese zu beachten. Er führt aus, dass man doch schon genug Applaus bekommen habe.

Rf Troles wirft ein, dass es der CDU um die Menschen gehe, den anderen nur ums Geld.

Bürgermeister Krützen weist darauf hin, dass er die Sitzung parteiübergreifend als Bürgermeister führe. Er verwehrt sich dagegen, dass sein Handeln als parteipolitisch motiviert bewertet wird, in seiner gesamten Amtszeit habe er das Gegenteil bewiesen. Manchmal sei es notwendig, Entscheidungen zu treffen, die nicht nur zu Applaus führen. Egal ob Obdachlosenunterkunft oder Jugendpark im Gewerbegebiet, immer wieder stoße man auf erheblichen Protest der Anliegerschaft. Es gehe immer darum, einen Ausgleich herzustellen, auch das sei Aufgabe des Rates. Würde man immer nur die direkt Betroffenen entscheiden lassen, würde man zu keiner Entscheidung mehr kommen. Am Ende wird auch über die Landesunterkunft der Rat entscheiden. Eine politische Bewertung erlaube er sich dennoch: Er habe kein Verständnis dafür, dass die CDU-Fraktion finanzielle Konsequenzen ausblende. Dies sei nun zum wiederholten Mal der Fall. Natürlich dürften die Finanzen nicht alleinentscheidend sein, aber man könne sie nicht komplett ausblenden, wie die CDU es tue.

Rh Rinkert erinnert daran, dass es intensive Gespräche zwischen dem Bürgermeister und den Fraktionsvorsitzenden gegeben habe. Man hätte über Änderungsvorschläge sprechen können, aber diese seien von der CDU nicht gekommen. Beim Stichwort sozialer Zusammenhalt sei auch zu beachten, was an Integrationsarbeit geleistet werden könne, um Verwerfungen zu vermeiden. Einerseits sei mehr Personal notwendig, andererseits weise man auf den Fachkräftemangel hin, das verstehe er nicht. Zudem habe er ausgeführt, dass alle politischen Ebenen in der gemeinsamen Verantwortung stünden, da nehme er sich entgegen der Ausführungen von Rf Troles nicht raus. Er

habe darauf hingewiesen, dass es nicht zusammenpasst, im Landtag oder auf einem Landesparteitag das eine zu fordern oder zu unterstützen, es dagegen auf kommunaler Ebene aber abzulehnen. Bürgermeister Krützen, Rf Troles und er selbst seien die einzigen Personen im Rat, die hauptberuflich Politik machen und hätten deshalb eine besondere Verantwortung. Anfang November gebe es eine weitere Bund-Länder-Runde zur Migration und das Bundeskabinett habe schon viele Anregungen aus den Ländern dazu aufgenommen. Der Bund habe 16,6 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt und auch ganz konkret 3,7 Milliarden Euro den Kommunen, so viel wie noch nie. Ihm sei wichtig, dass man gemeinsam handele. Insgesamt begrüßt er die heutige vielschichtige Debatte, bedauert aber, dass man nicht zu einem Konsens komme. Wären Vorschläge rechtzeitig gekommen, hätte man darüber ja auch noch einmal sprechen können. Zur Wahrheit gehöre zudem, dass die CDU auch größeren Standorten vor nicht allzu langer Zeit noch zugestimmt hätte, weshalb er die heutige Position nicht verstünde. Er selbst mache sich, wie alle anderen Rat, genauso wie Rh Göckmann es dargestellt hat, die Entscheidung nicht einfach. Man mache Politik mitten in der Stadt und mache dabei die gleichen Erfahrungen wie alle anderen Bürgerinnen und Bürger auch.

Rh Schumacher weist den Vorwurf zurück, viel über Land und Bund, aber wenig zu Grevenbroich gesprochen zu haben. Er habe darauf hingewiesen, dass die grundsätzlichen Stellschrauben auf anderen Ebenen liegen, die konkreten Entscheidungen für Grevenbroich aber im Rat getroffen werden, unter Beachtung aller, auch der finanziellen Aspekte. Das sei dann seine Verantwortung. Es gebe viele inhaltlichen Übereinstimmungen zwischen CDU und FDP, aber in der Durchsetzungskraft, wie sehr man etwas wolle, erkenne er Unterschiede. Dem Bundeskanzler ist er dankbar, die CDU mit ins Boot zu holen, weil es wichtig ist, bei diesem Thema nicht nach parteipolitischen Geländegewinnen zu schauen, sondern danach, wie man es im gesellschaftlichen Interesse am besten regelt. Sachleistungen statt Geldleistungen seien jetzt ausweislich der Bundesregierung schon möglich. Er erkenne ein Versäumnis der CDU-Landtagsfraktion darin, hierzu noch keinen Antrag gestellt zu haben. Migration würde so nicht günstiger, aber unattraktiver.

Rf Schmidt-Härten beantragt, die über die Punkte einzeln abzustimmen. Sie tendiert dazu, unter Punkt 3 deutlich weniger als 320 Personen zu beantragen.

Rf Gericke beantragt Schließung der Rednerliste.

Bürgermeister Krützen fragt, ob dem widersprochen wird. Dies ist nicht der Fall, dem Antrag ist somit stattgegeben. Mangels vorliegender Wortmeldungen bedeutet dies auch das Ende der Debatte. Er kommt zur Abstimmung und lässt zunächst über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen, den er als weitergehend ansieht.

Der Antrag wird mit 14 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen abgelehnt.

Anschließend lässt Bürgermeister Krützen nacheinander über die drei Beschlusspunkte der Verwaltungsvorlage abstimmen.

Punkt 1 wird bei 33 Ja-Stimmen und 14 Nein-Stimmen mehrheitlich beschlossen.

Punkt 2 wird bei 33 Ja-Stimmen und 14 Nein-Stimmen mehrheitlich beschlossen.

Punkt 3 wird mit der von Rh Rinkert beantragten Ergänzung „... bis zu ...“ bei 32 Ja-Stimmen und 15 Nein-Stimmen mehrheitlich beschlossen.

Bürgermeister Krützen unterbricht die Sitzung um 20.53 Uhr.

Bürgermeister Krützen eröffnet die Sitzung um 21.20 Uhr. Er führt aus, dass ihn während der Sitzungsunterbrechung gemachte Beschimpfungen aus dem Publikum gegenüber Ratsmitgliedern sehr betroffen machen und er diese auch nicht auf sich beruhen lassen werde. Die Diskussion in der

Sache war sehr gut, solche Auswüchse machen ihn aber sprachlos. Man müsse gemeinsam überlegen, wie man mit sowas umgehe.

Rh Kaiser schließt sich den Ausführungen von Bürgermeister Krützen uneingeschränkt an. Diskussionen im Rat seien notwendig und richtig, aber derartige Beschimpfungen gehören sich überhaupt nicht.

Beschluss: mehrheitlich beschlossen:

1. Der Rat beschließt in Ergänzung der Vorlage 516/2022/2 zur perspektivischen Unterbringung von Flüchtlingen nachfolgend aufgelistete Standorte mit den entsprechend vorgesehenen Kapazitäten:
 - „Am Steelchen“ in Frimmersdorf: 120 Personen
 - „In de Dell“ in Hemmerden: 120 Personen
2. Der Rat beschließt, hinsichtlich der Errichtung einer Zentralen Unterbringungseinheit des Landes (ZUE) im Bereich des „Lange-Walker-Geländes“ in Wevelinghoven zunächst eine Bürgerversammlung unter Mitwirkung des Landes NRW durchzuführen und erst danach darüber zu entscheiden.
3. Sollte sich der Rat im Anschluss an die Bürgerversammlung gegen die Errichtung einer ZUE entscheiden oder sollten die Voraussetzungen zur Errichtung einer ZUE abschließend nicht gegeben sein, beschließt der Rat bereits jetzt alternativ die Errichtung einer städtischen Unterkunft für geflüchtete Menschen im Bereich des „Lange-Walker-Geländes“ für bis zu 320 Personen.

Die v. g. Beschlussempfehlung ersetzt die Beschlussempfehlung aus Vorlage 462/2023. Die Beschlussempfehlung aus Vorlage 462/2023 wird hiermit zurückgezogen. Die dort dargestellten finanziellen Auswirkungen bleiben unverändert.

8.3.1.2. Standorte für die Unterbringung geflüchteter Menschen (Antrag der CDU-Fraktion)

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt: Ja 14 Nein 27 Enthaltung 6

9. Beantwortung Anträge und Anfragen aus den letzten Sitzungen

9.1. Antrags-/Anfragenverfolgung (Antrag 45/2023)

Rf Suermann-Igné ist mit der Beantwortung nicht glücklich. Sie fragt, wie man denn innerhalb der Verwaltung Anträge und Anfragen verfolge? Sie bittet darum, dem Rat eine Lösung vorzulegen und keine Begründung, weshalb man dies nicht leisten könne.

Bürgermeister Krützen sagt eine erneute Prüfung zu.

Beschluss: Kenntnisnahme: Ja 47

10. Schriftliche Anträge

10.1. Anträge der SPD-Fraktion

10.1.1. Schaffung einer Verbraucherzentrale in Grevenbroich (Antrag Nr.:77/2023)

Beschluss: einstimmig beschlossen: Ja 47

Der Rat der Stadt Grevenbroich zieht den Antrag an sich und verweist ihn an die Verwaltung.

10.2. Anträge der CDU-Fraktion

Liegen nicht vor.

10.3. Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Liegen nicht vor.

10.4. Anträge der FDP-Fraktion

10.4.1. (Nach-) Nutzung des Feuerwehrgerätehauses in Gindorf unter Beteiligung der örtlichen Vereine sicherstellen (Antrag Nr.:76/2023)

Beschluss: einstimmig beschlossen: Ja 47

Der Rat der Stadt Grevenbroich zieht den Antrag an sich und verweist ihn an den Feuerschutzausschuss.

10.5. Anträge der Fraktion Mein Grevenbroich

10.5.1. Benennung der Turnhalle der Realschule an der Bergheimer Straße in Hans-Weßig-Turnhalle (Antrag Nr.:78/2023)

Beschluss: einstimmig beschlossen: Ja 47

Der Rat der Stadt Grevenbroich zieht den Antrag an sich und verweist ihn an die Verwaltung.

10.6. Anträge der UWG-Fraktion

Liegen nicht vor.

11. Gemeinschaftsanträge

11.1. Erlass einer Vorkaufsrechtsatzung für die Geltungsbereiche Kölner Straße, Breitestraße, Karl-Oberbach-Straße, Bahnstraße und Rheydter Straße bis zur Bahnlinie (Antrag Nr.:79/2023)

Beschluss: einstimmig beschlossen: Ja 47

Der Rat der Stadt Grevenbroich zieht den Antrag an sich und verweist ihn an die Verwaltung.

12. Schriftliche Anfragen

12.1. Anfragen der SPD-Fraktion

Liegen nicht vor.

12.2. Anfragen der CDU-Fraktion

Liegen nicht vor.

12.3. Anfragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Liegen nicht vor.

12.4. Anfragen der FDP-Fraktion

Liegen nicht vor.

12.5. Anfragen der Fraktion Mein Grevenbroich

Liegen nicht vor.

12.6. Anfragen der UWG-Fraktion

Liegen nicht vor.

13. Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Krützen kündigt an, dass in den nächsten Tagen die Übersicht der Sitzungstermine für die Ausschüsse und sonstigen Gremien übersandt wird. Entgegen der bereits übersandten Übersicht zu den Terminen des Rates und des Hauptausschusses wird die Ratssitzung vom 02.05.2023 auf den 08.05.2023 verlegt.

Klaus Krützen
Bürgermeister

Stephan Renner
Schriftführer

